

Hans Lippuner

Die Bundesfinanzen und die EWG-Steuerharmonisierung

(unter besonderer Berücksichtigung
der Umsatzsteuer)



Verlag Herbert Lang & Cie AG Bern
1970

Inhaltsverzeichnis

I.	EINLEITUNG	13
II.	STAND UND KÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER BUNDESFINANZEN	16
	A Kurze Einführung in die aktuellen Probleme der Bundesfinanzen	16
	1. Die Wende im Bundesfinanzhaushalt	16
	2. Die Richtlinien des Bundesrates vom Frühjahr 1968.	17
	3. Zusammenfassung	19
	B Die bestehenden Einnahmequellen, insbesondere die Fiskaleinnahmen des Bundes.	20
	1. Die Struktur der Bundeseinnahmen.	20
	2. Die Auswirkungen der EFTA-Vereinbarungen und der Kennedy- Runde auf die Zolleinnahmen	22
	a EFTA-bedingte Zollausfälle.	23
	b Die Auswirkungen der Kennedy-Runde.	23
	c Zusammenfassung	24
	C Das Anwachsen der Bundesausgaben	25
	1. Die Struktur der Bundesausgaben	25
	a Stand im Jahre 1965.	25
	b Entwicklung 1965-1974.	27
	c Zusammenfassung	27
	2. Der Finanzbedarf und die zur Verfügung stehenden Mittel.	28
	a Die Ausgabenexplosion	28
	b Die Diskrepanz in der Entwicklung der Bundeseinnahmen- und Ausgaben.	29
	D Grundsätzliche Möglichkeiten für den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Einnahmequellen.	31
	1. Der Vorentwurf des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements über die "Anpassung der Finanzordnung des Bundes an den gesteigerten Finanzbedarf" vom November 1968.	31
	a Die vorgeschlagenen Nahziele.	32
	aa Massnahmen bei der Warenumsatzsteuer.	32
	aa1 Die Erhöhung der Steuersätze.	32
	aa2 Die Neuordnung der Besteuerung baugewerblicher Arbeiten	32
	ab Massnahmen bei der Wehrsteuer.	33
	b Die mittelfristigen Ziele.	33
	ba Bei der Warenumsatzsteuer und bei der Wehrsteuer	33
	bb Die Erhebung besonderer Verbrauchsabgaben.	34
	c Kritische Würdigung der vorgeschlagenen Massnahmen.	35
	ca Die Beurteilung der Massnahmen aus finanzwirtschaftlicher Sicht	35
	cb Die Beurteilung der Vorschläge bei der Warenumsatzsteuer nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen.	37
	cc Die Beurteilung der Vorschläge bei der Warenumsatzsteuer nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen.	39
	2. Weitere Möglichkeiten für die Mittelbeschaffung.	40
	a Die Einführung einer allgemeinen Alkoholsteuer.	40
	aa Zweck, Wesen und allgemeine Beurteilung der Steuer	40

ab	Die bisherigen Versuche, in der Schweiz eine allgemeine Getränkesteuer einzuführen.	41
ac	Ungünstige Bedingungen behindern die Einführung einer allgemeinen Alkoholsteuer in der Schweiz.	41
b	Die Erhöhung der Tabaksteuer.	42
c	Die Erhöhung der Treibstoffzölle und der Treibstoffzollzuschläge.	43
d	Andere Möglichkeiten zur Einnahmevermehrung.	44
	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.	46

UI. DIE FISKALRECHTLICHEN, INSBESONDERE DIE STEUERLICHEN VORSCHRIFTEN DES EWG-VERTRAGES UND IHRE AUSWIRKUNGEN 48

	Die Zollunion als Grundlage des Gemeinsamen Marktes.	48
1.	Allgemeine Vorbemerkungen.	48
2.	Die Beseitigung der Zollschranken.	49
a	Die Bestimmungen über den Abbau der Binnenzölle.	49
b	Der Abbau der Finanzzölle.	50
ba	Der Begriff des "Finanzzolls".	50
bb	Die Sonderregelung.	51
c	Der Abbau der übrigen Abgaben mit gleicher Wirkung wie die (Schutz-) Zölle.	51
3.	Der gemeinsame Aussenzolltarif (GZT).	52
4.	Die Agrarunion.	53

	Die steuerlichen Bestimmungen des EWG-Vertrages als Ausgangslage für die Harmonisierungsbestrebungen.	54
1.	Allgemeine Grundsätze über die Erhebung und Rückvergütung indirekter Steuern im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.	55
2.	Der Auftrag für die Harmonisierung der indirekten Steuern, insbesondere der Umsatzsteuern.	56
a	Die Ausgangslage im Jahre 1963.	57
aa	Die unterschiedliche Steuerbelastung.	57
ab	Der unterschiedliche Anteil der Steuerarten an der Gesamtsteuerbelastung.	57
ac	Die Verschiedenartigkeit der Umsatzsteuern (Stand 1963).	58
ad	Die Unterschiede auf dem Gebiete der Sonderverbrauchssteuern.	59
ae	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen.	59
b	Begriff und Zielsetzungen der Harmonisierung.	61
ba	Begriff der Steuerharmonisierung.	61
bb	Die allgemeinen Zielsetzungen.	61
bb1	Unter der Voraussetzung, dass die Steuergrenzen beibehalten werden.	62
bb2	Unter der Voraussetzung, dass die Steuergrenzen abgebaut werden.	62
3.	Die "Angleichung der Rechtsvorschriften" als Gebot für die Harmonisierung der direkten Steuern.	64
a	Gründe für die Angleichung der direkten Steuern.	64
b	Die allgemeinen Zielsetzungen.	65

C	Stand und geplante Entwicklung der Steuerharmonisierung	67
1.	Die Einführung einer gemeinsamen Mehrwertsteuer.	67
a	Die Richtlinien des EWG-Ministerrates zur Harmonisierung der Umsatzsteuern.	67
b	Wesen und Methoden der Mehrwertbesteuerung.	68
c	Die Grundzüge der EWG-Mehrwertsteuer.	71
ca	Der Steuergegenstand.	71
cb	Objektbezogene Steuerbefreiungen.	72
cc	Die Steuerpflicht.	73
cd	Der Vorsteuerabzug.	73
ce	Die Besteuerung der Kleinunternehmer.	73
cf	Sonderregelungen für die Land- und Forstwirtschaft	74
cg	Die Steuerbemessungsgrundlage.	75
ch	Das Steuermass.	75
d	Kurze kritische Beurteilung der Nettoumsatzsteuer im allgemeinen und der EWG-Mehrwertsteuer im besonderen.	76
da	Die Wettbewerbsneutralität am Binnenmarkt und im Aussenhandel.	76
db	Die Überwälzbarkeit.	77
de	Die Neutralität im Hinblick auf Unternehmenskonzentrationen.	78
dd	Einträglichkeit und Wirtschaftlichkeit.	78
de	Übergangsschwierigkeiten.	79
2.	Die Harmonisierung der Sonderverbrauchssteuern und der übrigen indirekten Steuern.	80
a	Die Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiete der Sonderverbrauchssteuern.	80
b	Die Harmonisierung der übrigen indirekten Steuern.	82
3.	Die Harmonisierungs/nassnahmen auf dem Gebiete der direkten Steuern.	83
a	Die Angleichung der Quellensteuern auf Dividenden und auf Zinsen aus Schuldverschreibungen.	83
b	Die Harmonisierung der Abschreibungen.	84
c	Langfristige Ziele der Angleichung.	85
D	Die Vermeidung von Doppelbesteuerungen.	86

IV. DIE SCHWEIZ UND DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

	Hypothetische Betrachtungen über die fiskalrechtlichen Auswirkungen einer Mitgliedschaft und eines Abseitsstehens der Schweiz.	37
A	Die fiskalrechtlichen Folgen einer EWG-Mitgliedschaft für die Schweiz	87
1.	Die Auswirkungen der Zollunion.	87
a	Bei nationaler Vereinnahmung der Zölle aus Einfuhren von Drittstaaten.	87
b	Bei zentraler Vereinnahmung der Zölle aus Einfuhren von Drittstaaten durch die EWG.	89
2.	Die Auswirkungen der steuerlichen Vorschriften.	90
a	Indirekte Steuern.	90
aa	Der Übergang zur EWG-Mehrwertsteuer.	90
ab	Die Anpassung der Sonderverbrauchsbesteuerung.	90

ac	Die Anpassung der übrigen indirekten Steuern.	91
b	Die Angleichung der direkten Steuern.	92
3.	Zusammenfassung.	93
B	Handelspolitische und mögliche fiskalrechtliche Auswirkungen der EWG-Fiskalpolitik auf die Schweiz im Falle einer Nichtmitgliedschaft	94
1.	Der Einfluss der EWG-Mehrwertsteuer auf den schweizerischen Aussenhandel.	94
a	Allgemeine Betrachtungen über die Umsatzsteuer als Mittel der Handelspolitik.	94
aa	Zulässige Manipulation bei der steuerrechtlichen Be- und Entlastung im grenzüberschreitenden Warenverkehr	95
ab	Die Umsatzsteuer als Mittel zur Förderung des internationalen Wettbewerbsvermögens.	95
b	Einflussfaktoren.	96
ba	Durch den Systemwechsel bedingte Einflüsse.	96
bb	Durch die Fiskalbelastung bedingte Einflüsse.	97
c	Schlussfolgerungen.	99
2.	Mögliche, mittelbare fiskalrechtliche Auswirkungen.	100

V. MÖGLICHE AUSGESTALTUNG DER UMSATZSTEUER ZUM WESENTLICHEN ELEMENT DER BUNDESFISKALPOLITIK UND ALS HILFSMITTEL DER SCHWEIZERISCHEN AUSSENHANDELSPOLITIK 101

A	Wesensmerkmale, Vorzüge und Mängel der schweizerischen Warenumsatzsteuer.	101
1.	Die Wesensmerkmale.	101
a	Der Steuergegenstand (Objektive Steuerpflicht)	101
b	Das Steuersubjekt (Subjektive Steuerpflicht).	102
c	Die einmalige Besteuerung	103
d	Das Steuermass	103
2.	Vorzüge und Mängel der schweizerischen Grossistensteuer.	104
a	Die Wirtschaftlichkeit als wesentlicher Vorzug	104
b	Die Nachteile.	105
ba	Die mangelnde Wettbewerbsneutralität am Binnenmarkt	105
bb	Negative Auswirkungen der Produktionsmittelbesteuerung auf die technische Wettbewerbsneutralität im zwischenstaatlichen Handelsverkehr und auf die Produktivität der Unternehmungen.	107
bc	Der systembedingte Mangel an Elastizität	107
B	Die Ausbaufähigkeit der schweizerischen Warenumsatzsteuer.	108
1.	Die Steuererhöhung.	108
a	Der Einfluss der erforderlichen Satzerhöhung auf das Erhebungssystem.	109
aa	Wachsende Belastungsdisparität zwischen Grossisten und Nichtgrossisten.	109
ab	Wachsende Steuerzahllast und Steuerwiderstände.	109
b	Weitere nachteilige Auswirkungen.	110
2.	Die Besteuerung von Dienstleistungen.	110
3.	Die Einschränkung der objektiven Steuerbefreiungen (Freiliste)	112
4.	Die Aufhebung der Sonderregelung für die Besteuerung baugewerblicher Arbeiten.	113
5.	Zusammenfassung.	113

C	Eine mögliche Mehrwertsteuer schweizerischer Prägung	114
1.	Die Zielsetzung.	114
2.	Die Arbeitshypothese.	116
3.	Durch Beschränkung des Steuerobjekts mögliche Beschränkung der Zahl umsatzsteuerpflichtiger Unternehmungen.	118
a	Der Verzicht auf die Besteuerung von Dienstleistungen.	118
aa	Begründung.	118
ab	Ausnahmen.	120
ab1	Warentransporte steuerpflichtiger Unternehmer	120
ab2	Dienstleistungen zur Vorbereitung oder zur Koordination der Durchführung von Bauleistungen.	121
ac	Zusammenfassung.	122
b	Die Freiliste.	122
ba	Die Auswirkungen auf die Steuerpflicht.	123
ba1	Die Steuerbefreiung der Land- und Forstwirtschaft	123
ba2	Die Steuerbefreiung von Unternehmungen der Nahrungs- und Futtermittelbranche.	124
ba3	Tragbare Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen gegenüber der heutigen Regelung.	124
bb	Die Auswirkungen auf die technische Wettbewerbsneutralität der Steuer.	125
bb1	Probleme im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung der Land- und Forstwirtschaft.	125
bb2	Weitere Wettbewerbsprobleme als Folge der Steuerfreiliste.	128
bc	Zusammenfassung.	131
4.	Zusätzliche Beschränkung der Steuerpflicht durch Nichtunterstellung der Kleinstbetriebe.	132
a	Gründe, die für eine steuerliche Freistellung der Kleinstunternehmer sprechen.	132
b	Der Begriff des Kleinstunternehmers.	133
c	Die Steuerdifferenzrenten zugunsten des nicht steuerpflichtigen Unternehmers.	134
d	Die Bevorzugung der Steuerpflichtigen durch die Besteuerung von Roh- und Hilfsstoffen usw. und die Befreiung der mit ihrer Hilfe hergestellten Erzeugnisse.	135
e	Zusammenfassung.	136
5.	Die Behandlung der Vorsteuern in Sonderfällen.	137
a	Grundsätzliche Bemerkungen zum Vorsteuerabzug (Arbeitshypothese).	137
b	Steuerpflichtige Unternehmungen mit "steuerlich gemischten Umsätzen" (steuerbare und steuerbefreite Umsätze).	137
ba	Der Vorsteuerabzug wird auch für steuerbefreite Inlandumsätze Mehrwertsteuerpflichtiger gewährt.	138
bb	Der Vorsteuerabzug wird lediglich im Rahmen der steuerbaren Umsätze zugelassen.	138
bc	Eine Kompromisslösung.	138
c	Unternehmungen mit verschiedenen Betrieben.	139
6.	Abschliessende Bemerkungen.	140
VI.	ANHANG.	142
1.	Fiskalbelastung nach Abgabearten in Prozenten des Bruttosozialproduktes.	142

2.	Wortlaut der Bestimmungen von Artikel 95-98 des EWG-Vertrages	142
3.	Wortlaut der Bestimmungen von Artikel 99 des EWG-Vertrages . . .	143
4.	Wortlaut der Bestimmungen von Artikel 100-102 des EWG-Vertrages	144

LITERATURVERZEICHNIS

145